https://blz.li/37ov

LeineBlitz
blitzschnell informiert

CDU: "PLÄNE DER SPD WERDEN FAMILIEN NICHT GERECHT"

Veröffentlicht am 21.10.2013 um 14:59 von Redaktion LeineBlitz

Aufgrund der rasanten Entwicklung der Zuzüge im Baugebiet Pattensen-Mitte Nord II und der Berücksichtigung des Bauabschnitts III ab dem Jahr 2015 steht die Stadt vor einem erhöhten Bedarf an Betreuungsplätzen, der die bisherigen Planungen weit überschreitet. Nach einer Kalkulation der Stadtverwaltung müssen zunächst 3 neue Krippengruppen und 1 neue Kindergartengruppe geschaffen werden, um den kurzfristigen Bedarf der Familien abzudecken. Vor dem Hintergrund der Frage, wie genau die Erweiterung der Betreuungsplätze durchgeführt wird, hat die SPD-Stadtratsfraktion einen Antrag eingereicht. Dieser Antrag, der im Zuge der Ratssitzung am 24. Oktober beraten wird, fordert, dass die Stadt die Voraussetzungen schaffen soll, um die Erweiterung der Kita-Plätze in Kooperation mit der Kreissiedlungsgesellschaft Hannover mbH (KSG) durchzuführen. Die Stadtverwaltung lehnt dies ab und schlägt einen Anbau an der Kita "Pariser Allee" vor."Die Pläne der SPD sind in vielerlei Hinsicht unausgegoren und werden den aktuellen Bedürfnissen der Pattenser Familien nicht gerecht", teilt Dr. Horst Bötger, Vorsitzender der CDU Ratsfraktion, mit. Laut Bötger wird die CDU Ratsfraktion den Antrag der SPD auf der Ratssitzung ablehnen und somit den Weg für einen zügigen Anbau an der Pariser Allee freimachen. Bötger weiter: "Der angebliche Vorteil einer besseren Nachnutzung als normales Reihenwohnhaus relativiert sich wenn man bedenkt, dass natürlich trotzdem enorme Umbaumaßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt vorgenommen werden müssen. Betrachtet man beispielsweise die sanitären Einrichtungen und andere Aspekte ist zu erkennen, dass der Vorschlag der SPD nicht zu Ende gedacht wurde."Jonas Soluk, stellvertretender Vorsitzender der CDU Ratsfraktion, ergänzt: "Eine Erweiterung der Kita an der Pariser Allee ist deutlich kostengünstiger, hier können wir mit dem Bewegungsraum, der Küche inklusive des Essbereichs und anderen Räumen eine bereits bestehende Infrastruktur mitverwenden und Synergien nutzen. Desweiteren besteht der Bedarf an Betreuungsplätzen aktuell und nicht erst in 2 oder 3 Jahren, wenn ein langwieriges Verfahren und die Abwicklung mit der KSG durchgeführt wurde. Darüber hinaus haben wir juristische Bedenken: Wir können den Auftrag - wie von der SPD gefordert - nicht einfach an die KSG vergeben, wir müssen als Stadt bei diesem Investitionsvolumen eine Ausschreibung durchführen. Ob die KSG in einem solchen Verfahren dann tatsächlich den Zuschlag erhalten würde, wäre überdies im Vorfeld gar nicht absehbar. Aus den Reihen der SPD Fraktion hört man, dass man diese Argumente kennt und trotzdem auf dem Antrag beharrt. Dieses bornierte Vorgehen wundert uns und zeigt, dass die SPD den Kita-Ausbau bewusst verzögern und verteuern will."